

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Mark (Halbmonatlich 1 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Diensttag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Dienstag, den 14. Juni 1927

Nummer 136

Der sächsische Regierungsrummel

Ergebnislose Fiktarbeit! Arbeiter, verstärkt den Druck! Weg mit dem Landtag! Auflösungs- und Mißtrauensanträge der KPD!

Die gestern stattgefundenen Verhandlungen über die Umbildung der Regierung, die nach den am Sonnabend ergebnislos verlaufenen Verhandlungen das Kabinett für die heutige Sitzung zusammenstellen sollten, sind nach den Meldungen der bürgerlichen Presse wieder ergebnislos verlaufen.

Der sächsische Zeitungsdienst, der den Deutschnationalen nahesteht, teilt über den Verlauf der Sitzung folgendes mit:

„In den Verhandlungen wurde ein Vorschlag unterbreitet, der dahin ging, sechs Minister zu ernennen und den altsozialistischen Ministerpräsidenten als siebensten beizubehalten. Dabei war beabsichtigt, die sechs Ministerien auf die sechs Regierungsparteien unter Einfluß der Deutschnationalen zu verteilen. Es war also lediglich ein Spiel am Worte, denn es würde nach diesem Vorschlag bei den bisherigen sieben Ministerien, von denen zwei die Altsozialisten gehabt hätten, geblieben sein. Da dieser Vorschlag, gegen den sich die Deutschnationalen wandten, nur die Zustimmung von der Altsozialistischen Partei und den Demokraten fand, blieben die weiteren Beratungen ergebnislos, und der Ministerpräsident Heßelt kündigte an, daß er nun morgen, Dienstag, ein Kabinett auf Grund des heute vorgelegten Vorschlags ernennen werde.“

Sollte der Ministerpräsident diese heute angekündigte Absicht wirklich durchführen, dann würde das neue Kabinett im Landtage zweifellos sofort einem Mißtrauensantrage gegenüberstehen, der sowohl von den Linksparteien, als auch von einzelnen der jetzigen Regierungsparteien ganz bestimmt zu erwarten ist.“

Die Deutsche Volkspartei schiebt die Schuld auf die Deutschnationalen und erläßt nachstehende Erklärung:

„In den heutigen interfraktionellen Sitzungen traten die Deutschnationalen wieder mit Forderungen hervor, die durch die Verhandlungen vom vergangenen Sonnabend überholt waren. Infolgedessen konnte eine Einigung trotz mehrkündiger Verhandlungen nicht erzielt werden. Nunmehr wird wohl damit zu rechnen sein, daß der Ministerpräsident Heßelt auf Grund seiner verfassungsmäßigen Vollmachten die Berufung der Minister vornehmen wird.“

Das ganze Manöver geht nun dahin: „Wie mach ich's meinen Wählern klar?“ Einigen möchte man sich, wie noch zu erfahren war, dahin, daß man jeder Partei, auch den Heßelnden von der Aufwertung, einen Minister geben wollte. Jeder Mann einen Minister, das ist die Devise, unter der man sich verständigen will. Das Kabinett wird dabei bunt wie ein Specht, der Einfluß der Deutschnationalen aber auf jeden Fall spürt. Die Altsozialdemokraten wollen nicht einfach auf ein Ministerium verzichten. Die ganze Politik dieser Bankrotteure ist darauf abgestellt, unter allen Umständen in der Regierung

zu bleiben. Damit haben sie ihre Anhänger getäuscht, damit haben sie die Arbeiter, die ihnen noch folgten, irreführt. Dann aber hängen für die Altsozialdemokraten von der Position in der Regierung eine Anzahl Posten ab: Kreishauptleute, Amtshauptleute, Polizeipräsidenten, Staatszeitungsredakteure, diese Positionen werden hartnäckig verteidigt durch das Festhalten der Ministerliste.

Die Deutschnationalen ihrerseits wissen nicht, wie sie ihren Wählern den billigen Eintritt in die Regierung plausibel machen sollen, wenn nicht wenigstens einige formale Forderungen erfüllt werden. Deswegen das Manöver dieser Partei. Im Grunde sind sich die Reaktionen einig. Es kommt nur darauf an, wie man es den Wählern beibringt, die einem sonst davonlaufen.

So soll Heßelt heute der rettende Engel sein. Heßelt, der „Ueberparteiliche“ soll ein Kabinett zusammenstellen, in dem sich auch ein Deutschnationaler befindet. Die Deutschnationalen werden dann erklären können, daß sie keineswegs auf ihre Forderungen verzichtet haben, daß sie aber das Kabinett als Uebergang betrachten lassen und unterstützen werden. Alles in allem macht die Reaktion mit dieser Kabinettsbildung einen weiteren Schritt vorwärts, die Altsozialisten führen dabei die Reaktion vorwärts. Regelmäßig ist die Haltung der SPD. Sie bleibt passiv. Abgesehen von einigen Erklärungen, nützt sie weder ihren Einfluß in den Gewerkschaften noch sonst, um eine Bewegung der Arbeiter zu entfachen und durch die Auflösung des Landtages die Entscheidung der arbeitenden Massen herbeizuführen.

Nach dem Kleiner Parteitag wollen die Sozialdemokraten auch in Sachsen in die Koalition. Der Weg ist nur noch zu schwierig. Tödel zeigt, auf welchem Wege das erfolgen sollte: auf dem über die SPD-Regierung. Das machen die bürgerlichen Parteien und die KPD nicht mit. Wirkliche Massenbewegungen gegen die Regierungsbildungen wollen aber die SPD-Führer auch nicht, weil sie eine unter dem Druck der Massen zustande gekommene Regierung nicht wünschen, weil die SPD auch keine ernste Vertretung der Arbeiter will.

Die Kommunistische Partei erklärt den Arbeitern, es ist jetzt an der Zeit, den Druck zu verstärken. Die Krise der Regierung wurde schon nicht genügend ausgenutzt. Massenbewegung gegen den Regierungsgesandhandel ist notwendiges Gebot.

Die KPD-Fraktion wird heute sofort einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, einen Antrag auf Auflösung des Landtages einbringen. In Betrieb und Werkstatt, in den Gewerkschaften muß durch Aufnehmen der Forderung nach Beilegung dieses Landtages die Aktion der KPD unterstützt werden. Die Massen der Werktätigen stehen gegen diese Regierung und diesen Landtag.

Erzwingt die Auflösung!

Wieder ein Sowjetführer ermordet

Berlin, 13. Juni.

In der Nähe von Moskau wurde abermals ein Attentat gegen eine führende Persönlichkeit der Sowjet-Regierung verübt. Das Mitglied der kommunistischen Akademie, Wladimir Tuzow, wurde bei Wlga getötet. Die Täter sind noch unbekannt. Auch fehlen einwirkende noch nähere Einzelheiten über die Durchführung des Anschlages. Tuzow war 1923 stellvertretender Vorkämpfer der russischen Handelsdelegation in Berlin.

Neue Zerrortelle der Konterrevolution

Riga, 13. Juni. (Telunion.)

Aus Moskau wird gemeldet, daß 30 Kilometer von Waku ein Bohrort von unbekannter Hand in Brand gesetzt worden sei. 30 000 Kub Erdöl brannten. An der Waku sind beteiligt die Truppen und die Kaspiische Flotte. Auch Menschenopfer sind schon zu verzeichnen. Ein Versuch, das Bohrortlager in Waku in die Luft zu sprengen, konnte noch rechtzeitig verhindert werden. Die Attentäter sind verhaftet.

Wissudski provoziert

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorwärts läßt sich von seinem Genfer Berichterstatter über die Verhandlungen des polnischen Außenministeriums zur russischen Note u. a. wie folgt informieren. Die Sowjetdiplomaten hätten Forderungen gestellt, bei der Untersuchung des Attentats beteiligt zu sein, um dadurch hinter die vermuteten Täter kommen zu können. In demselben Augenblick, als in London die Sowjetnote veröffentlicht wurde, gab man dort die Mitteilung aus, daß die Untersuchung beendet sei, und der Attentäter vor ein ordentliches Gericht gestellt sei. So überging man in Warschau mit schnellem Entschluß den Anspruch Rußlands, an der Untersuchung beteiligt zu sein, so daß Wissudski bereits jetzt die Aufhebung des Todesurteils glaubt anfordern zu können.

Polen lehnt die Garantieforderungen ab

Warschau, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die polnische Regierungspresse beantwortet die veröffentlichte Note der Sowjetregierung mit einem apathischen Wut-

ausdruck. Es wird bereits amtlich zu verstehen gegeben, daß die Wissudski-Regierung die von der Sowjetregierung geforderten berechtigten Garantien kategorisch ablehnen wird.

Die russische Gegenrevolution rüht mit englischem Gelde

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die riesigen Gelbtausgaben der in Berlin lebenden russischen Wehrgeheimnisse, die Abreise einer Anzahl zaristischer Offiziere der Wehrarmee erfahren weitere Verstärkung. Es wurde festgestellt, daß ein Bote des Großfürsten Nikoll die Gelder in englischen Banknoten überbrachte. Nikoll, der sich erst in Koburg aufhielt, weil er sich in Riga. Er hat sich bekanntlich zum Zaren austreten lassen.

Einheitsfront der Seeleute

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der Vorwärts berichtet, fand im internationalen Klub in Leningrad ein Verbrüderungsfest der russischen Seeleute und der Matrosen der im Leningrader Hafen liegenden deutschen, französischen, englischen und italienischen Dampfer statt. Die ausländischen Matrosen haben geschworen, daß sie den Transport von Truppen und Munition gegen Sowjetrußland verhindern würden.

Die „Arbeitskonferenz“ in Genf

Genf, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 13. Juni wurden auf der Genfer Arbeitskonferenz die Konfessionsentwürfe über die Krankenversicherung in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben wurde mit 75 gegen 2 Stimmen angenommen.

Reichstagszusammentritt

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute tritt der Reichstag zusammen. Im Programm sind unter anderem reaktionären Anschlägen wie das Straßengebüsch und die Verlängerung der Hungerkollatur, die Erhöhung der Agrarzölle.

Im Namen der Menschlichkeit

„Die Regierung der Revolution ist der Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei. Ist Macht dazu gut, um das Verbrechen zu schützen . . . ?“

Wenn die Tyrannei einen einzigen Tag herrscht, so werden am nächsten Tage alle Patrioten vertilgt sein. Und da wagt man die Wut des Despotismus Gerechtigkeit und die Gerechtigkeit des Volkes Despotismus zu nennen. Wir oder die anderen müssen ausgründe gehen. „Nachricht für die Royalisten“, — schreiben einige Leute, „Mitleid mit dem Verbrecher!“ „Nein“, sage ich: „Mitleid für die Unschuld, Mitleid für die Schwachen, Mitleid für die Unglücklichen und Mitleid mit der Menschheit . . .“

Der ganze Schutz der Republik gilt dem legalen Bürger. Und in der Republik sind nur die Republikaner Bürger!“

(Nach. eigene. Bericht über die Prinzipien der politischen Moral, Recht vor dem Recht am 5. Februar 1904)

Als am 9. Thermidor die französische Bourgeoisie nach dem Sturz Robespierres den Sieg der Konterrevolution über das Proletariat errang, wurden diese Worte Robespierres geschichtliche Wahrheit; wurden zu einer Lehre für das Proletariat, die von der Regierung des ersten Staates der proletarischen Revolution nicht vergessen wurde.

Heute wie damals tadelt die Bourgeoisie und mit ihr das Heer der Vorkämpfer, wenn es die Arbeiterklasse wagt, die Revolution mit denselben Mitteln zu verteidigen, mit denen die Reaktion jahrhundertlang die Herrschaft der Tyrannei aufrechtzuerhalten vermochte, um nach der Niederwerfung revolutionärer Bewegungen in blutigen Degen die Revolutionäre „im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit“ niederknien. Die Geschichte der Arbeiterklasse kennt dafür Hunderte von Beispielen. Heute daran zu erinnern, bedeutet nicht nur vor der Arbeiterklasse die Maßnahmen der Sowjetregierung zu rechtfertigen, die die Waffen des revolutionären Terrors gegen ihre schlimmsten Feinde richtet, es bedeutet die Rechtfertigung einer geschichtlich begründeten Notwendigkeit zur Verteidigung der Revolution.

„Die revolutionäre Regierung ist für die Aristokraten die Ursache ihrer Angst und der Vorwand für ihre Verleumdungen“ — so behaupten sich heute die Worte, mit denen Robespierre in seiner Rede im Auftrage des Wohlfahrtsausschusses vom Konvent die Proklamierung der Regierung der Republik zur revolutionären Regierung verlangte. Die Erröten der Sowjetregierung und die revolutionären Methoden ihrer Verteidigung lassen die Kapitalisten und die Presseleute der westeuropäischen „Zivilisation“ und aller Regierungen der bürgerlichen Ordnung das Selbstgefähre gegen „das verwilderte Staatswesen der Sowjetunion“ erheben. Das Zetergeschrei über das Schredenregiment, über hollschewistische Blutlust und den „Moskauer Terror“ schmeißt sie alle zusammen; für die die Sowjetunion die Ursache ihrer Angst und der Vorwand ihrer Verleumdungen ist.

Als Rußer im Streite gegen die Sowjetmacht steht die sozialdemokratische Presse. Neben dem Vorwärts — fast noch lauter als das Stämpfer-Organ — das Blatt der sächsischen „Linken“, deren einflussreicher prominenter Führer, Crispian — seinerzeit Vorkämpfer der USPD — die Galassiaten seiner heutigen Vorkämpfer anlässlich der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg und der massenweisen Niedermetzelung der Berliner revolutionären Arbeiter in der Freiheit mit folgenden Worten charakterisierte:

„Das ist die Frucht der Gewaltpolitik der Ebert und Scheidemann-Landsberg, das ist die Frucht der gewissenlosen Hege des Vorwärts und seiner bürgerlichen Helfershelfer, das ist das Werk Kroses und seines Befehlshabers Reinhardt. Ueber sie kommt das Blut. Das deutsche Proletariat wird über sie das Urteil sprechen.“

Und heute? Nur wenige Jahre sind seit diesen Worten vergangen. Die Geschichte liefert mit der Rolle der linken SPD-Führer für die Arbeiterklasse eine neue Erfahrung. Heute marschieren die sächsischen Linken in der gleichen Front mit dem Vorwärts, mit jenem Stämpfer, der „mit seiner gewissenlosen Hege“ das Blut und das Leben der Besten des deutschen Proletariats auf dem Gewissen hat. Gestern zeter die „linke“ Dresdener Volkszeitung im Chor der Bourgeoisjournalisten über den „Moskauer Terror“ wie folgt:

„Wenn die Tscheta im Auftrage der Sowjetregierung als Antwort auf den Geländemord zu Abschreckungsmahnen greift, die an die schlimmsten Zeiten des russischen Bürgerkriegs erinnern, so kann man demgegenüber abseits von allen Sentimentalitäten nur sagen, daß wir uns auf keinen Fall dazu herablassen werden, diese Maßnahmen zu entschuldigen. Gewiß: Menschenleben sind in Rußland immer billig gewesen, und wahrscheinlich empfindet man in jenem Lande, das auf halbem Wege zwischen Europa und Asien liegt, vielfach die Erziehung von 20 Geistes anders als in West- und Mitteleuropa. Aber es gibt schon einen Grund, der ausschlaggebend ist und der uns gebietet, die blutrünstigen Deklamationen energisch zu verurteilen, mit denen die kommunistische Presse das Vorgehen der Tscheta verherrlicht.“

Wir aber, weiß wir als Sozialdemokraten jede Form von Tyrannei und Diktatur abzuschaffen, wir bekämpfen so-